

## Agrarpolitik

# Ökologisierung abgeschwächt

hmk. BRÜSSEL, 24. Januar. Die Vorschläge von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos für eine stärkere Verknüpfung der Subventionen für die Landwirte mit neuen ökologischen Standards stoßen im Europaparlament auf Widerstand. Der federführende Agrarausschuss sprach sich am Donnerstag für eine spürbare Abschwächung der Vorschläge aus. Verstöße gegen die EU-Ökologisierungsaufgaben sollen zudem nicht zu einer Kürzung der gesamten Subventionen führen, sondern höchstens mit einem Abzug von 30 Prozent der EU-Hilfen bestraft werden. Unterstützt haben die Abgeordneten hingegen den vor allem von der Bundesregierung heftig kritisierten Vorstoß von Ciolos, die Hilfen für Großbetriebe (ohne Arbeitskosten) von einer Schwelle von 150 000 Euro an schrittweise zu kürzen und von 300 000 Euro an zu kappen.

Die Vorschläge sind Teil eines umfassenden Reformpakets, mit dem die EU-Kommission die gemeinsame Agrarpolitik reformieren und auf eine neue Legitimationsgrundlage stellen will. Ciolos wollte die Landwirte unter anderem dazu zwingen, maximal 70 Prozent ihrer Fläche mit einer Pflanze zu bewirtschaften und insgesamt mindestens drei Pflanzen anzubauen. Nach dem Willen des Agrar-

ausschusses dürften die Bauern 80 Prozent der Fläche mit einer Pflanze, etwa Mais, bewirtschaften und müssten grundsätzlich nur zwei Pflanzen anbauen. Auch die von Ciolos geforderte Reservierung von 7 Prozent der Anbaufläche für ökologisch wertvolle Pflanzen wie Hecken schwächte der Ausschuss stark ab. Kleine Betriebe sollen nach dem Votum noch nicht einmal mehr nachweisen müssen, dass sie die bestehenden Umwelt- und Tierschutzbestimmungen erfüllen.

Verringern wollen die EU-Abgeordneten die unterschiedliche Höhe der Subventionen für die Bauern in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Bisher erhalten etwa Landwirte in Lettland 95 Euro je Hektar, während Niederländer 458 Euro bekommen. In Deutschland sind es 319 Euro je Hektar. Künftig soll kein Landwirt weniger als 65 Prozent des EU-Durchschnitts erhalten. Zudem sollen alle Landwirte, die unter dem EU-Durchschnitt von derzeit 268 Euro liegen, Ausgleichszahlungen erhalten. Alle übrigen Bauern bekämen entsprechend weniger. Bevor die Reform in Kraft treten kann, müssen sich Parlament und Ministerrat auf eine Linie einigen.

Die Chancen dafür stehen nach dem Votum des Agrarausschusses gut, da die Staaten im Ministerrat bisher vergleichbare Positionen eingenommen haben. Schwieriger dürfte es für Parlament und Mitgliedstaaten sein, sich im Zuge der laufenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 auf ein Budget für den Agrarsektor zu einigen. Das letzte Kompromisspapier sieht hier Einschnitte vor.